



GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Schwerpunkt: Unternehmensverantwortung

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

wie wichtig es ist, Arbeit zu haben, weiß jeder von Ihnen. Die Arbeit und das Einkommen prägen den Alltag meist stärker als Regierungen oder politische Entscheidungen. Das ist hierzulande so, das gilt stärker noch für Millionen ArbeiterInnen und Angestellte im ärmeren Süden der Welt.

Deshalb beschäftigt sich Germanwatch mit dem Verhalten multinationaler Unternehmen im Süden. Wie sollen die Unternehmen Ihre Verantwortung wahrnehmen, gerade auch für die Arbeitsbedingungen der Menschen? Denn Produktverantwortung beschränkt sich nicht auf die Qualität der Ware. Was muss über internationale Verträge geregelt werden? Und was können Sie als Konsument beitragen, was die öffentliche Meinung?

Mit der Wiedereröffnung des Euzkadi-Werkes in Mexiko (S. 5) hat ein dreijähriger Kampf für die Rechte der Mitarbeiter ein gutes Ende gefunden. Ein Erfolg auch für Germanwatch - und eine Ermutigung, dass die „Auslagerung von Schweinereien“ (S. 3) nicht mehr so einfach funktioniert.

Anregende Lektüre wünscht Ihnen



Brigitte Kunze
Geschäftsführerin



Foto: agenda - Jörg Böthling

Lakshmi, 14 Jahre, arbeitet auf Baumwollfeldern in Indien. Auch bei Zulieferern des Bayer-Konzerns schufteten Kinder ab 6 Jahren unter schlimmen Bedingungen - mehr auf Seite 6.

Verantwortung? Übernehmen!

International verbindliche Verhaltensregeln für Unternehmen sind nötig

Der nationale Aufschrei gegen die geplanten Massenentlassungen bei der Deutschen Bank brachte das Thema Unternehmensverantwortung kürzlich auf die Titelseiten, immer öfter taucht das Thema in der Presse auf. Selbst die Unternehmensverbände haben eine eigene Webseite dazu aufgelegt. Ministerin Künast startete eine Echterecht-Verbraucherkampagne zum nachhaltigen Konsum. Ein neues Gesetz (das

BilReG) verlangt von Unternehmen, dass sie in ihren Geschäftsberichten auch über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange informieren. Das Thema Unternehmensverantwortung ist im Aufwind. Aber wofür sind Unternehmen überhaupt verantwortlich?

Die Grundannahme, sie sollten nur Profit machen, ist überholt. Weltweit wird zunehmend gefordert: Sie sollen Arbeitsplätze schaffen, sie dürfen die Umwelt nicht

zerstören, müssen die Menschenrechte achten und eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Und sie sind

Fortsetzung auf Seite 2

„Auslagerung von Schweinereien wird schwieriger“
Ernst U. von Weizsäcker-Interview **S.3**

Sieg der Solidarität
Arbeiter übernehmen Euzkadi-Werk **S.5**

Mehr Haftung für Unternehmen
Interview mit Unternehmensberater **S.7**

Fortsetzung von Seite 1

auch für ihre Zulieferer und Vertragspartner verantwortlich, an die nicht selten die gefährlichen und imageschädigenden Aktivitäten ausgelagert werden.

Konkrete Fortschritte in der Umsetzung sind aber nur langsam festzustellen.

Von den Unternehmen selber wurde eine Vielzahl von Verhaltensvorschriften entwickelt, sogenannte Kodizes. Doch Papier ist bekanntlich geduldig. Zudem sind längst nicht alle Unternehmen beteiligt, und oft fehlen wichtige Punkte wie z.B. Gewerkschaftsfreiheit.

Die globale Dimension

Auf deutscher und europäischer Ebene gibt es politi-

sche Aktivitäten zum Thema, die aber bisher selten zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Neue Impulse könnte eine Mitteilung der EU-Kommission zu Unternehmensverantwortung bringen, die in Kürze veröffentlicht wird. Besonders wichtig ist die internationale Ebene: Denn viele Probleme entstehen in der globalen Dimension. Häufig verhalten sich dieselben Unternehmen im reglementierten Deutschland korrekt, im Süden aber nicht. Die bestehenden Gesetze sind meist nur in Deutschland oder der EU gültig, jedoch in den seltensten Fällen extraterritorial.

Unter der Vielzahl von internationalen Instrumenten zur

Unternehmensverantwortung kristallisieren sich vier Ansätze heraus, die auch das Hochkommissariat der UN Menschenrechtskommission in seinem Bericht vom Februar 2005 hervorhob: Die Grundsatzklärung der internationalen Arbeitsorganisation ILO, die Leitsätze der OECD, der Global Compact und die UN-Normen.

Auf die ILO-Grundsätze für das Arbeitsleben beziehen sich alle anderen wichtigen Vereinbarungen, allerdings werden dort nur Arbeitsrechte festgeschrieben. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen schließen dagegen auch Umweltschutz, Verbraucherfragen, Korruption, Besteuerung etc. ein. Die Empfehlungen an die Unternehmen sind jedoch freiwillig und nur für Unternehmen der Unterzeichnerstaaten gültig. Ein Vorteil ist der Beschwerdemechanismus. Dennoch gibt es in der Umsetzung viele Schwierigkeiten, so bei der wichtigen Frage, wie weit die Unternehmen für ihre Zulieferer verantwortlich sind.

Eine schwächere Initiative ist der Global Compact, den UN-Chef Kofi Annan 1999 initiiert hat. Mehr als 2000 Unternehmen haben sich den 10 Prinzipien von Menschenrechten, Arbeitsstandards, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung verschrieben. Dabei werden positive Erfahrungen ausgetauscht. Dies garantiert jedoch nicht die Einhaltung der Vereinbarungen, denn Verstöße werden bislang nicht geahndet. Zudem ist nur ein Bruchteil der weltweit etwa 70.000 multinationalen Unternehmen beteiligt.

Hoffen auf UN-Normen

Nichtregierungsorganisationen wie Germanwatch setzen

deshalb Hoffnungen in die UN-Normen für Unternehmen. Sie wurden 2003 von der Menschenrechtsunterkommission verabschiedet, sind aber noch nicht verbindlich. In Zukunft sollen sie für alle Unternehmen gelten und auch Sanktionsmechanismen einschließen. Im April wird das weitere Vorgehen dazu in Genf diskutiert.

Solange die internationalen Instrumente nicht richtig greifen, sind andere Mechanismen wichtig. So schält sich der Finanzmarkt als ein bedeutender Faktor heraus: Die Sprache der Analysten verstehen auch die Vorstandschefs. Dazu müssen Umwelt- und Sozialthemen stärker als Kostenfaktoren dargestellt werden - z.B. durch Imageschäden oder die Gefahr von Regulierungen. So würden sie nicht nur im Nischensektor des nachhaltigen Investments auftauchen, sondern bei allen Investitionen. Positive Ansätze dafür gibt es bereits im Klimaschutz.

Besonders wichtig ist der öffentliche Druck auf Unternehmen über die Medien und Verbraucher. Sie müssen vertrauenswürdige Informationen bekommen und dürfen nicht durch zig Label verwirrt werden - sonst achtet bald niemand mehr auf soziale und ökologische Kriterien. Deshalb heißt es für Unternehmen und Regierungen vor allem: Mehr Transparenz schaffen!

Cornelia Heydenreich

Referentin KodexWatch



Warum ich Germanwatch wichtig finde:

Wie uns Germanwatch bei der Auseinandersetzung mit Continental (s.S.5) geholfen hat, war fundamental: die Unterstützung bei der OECD-Klage, bei den zahlreichen Treffen mit deutschen Politikern, die Organisation unserer drei Europareisen und vieles mehr. Wir werden das nie vergessen und es in unseren Herzen tragen. Organisationen wie Germanwatch beweisen, dass es - sehr zum Ärger der internationalen Unternehmen - die Internationale Solidarität wirklich gibt!

Jesús Torres Nuño

Chef der unabhängigen Betriebsgewerkschaft des mexikanischen Reifenwerkes Euzkadi

„Auslagern von Schweinereien wird schwieriger“

Interview mit Dr. E. Ulrich von Weizsäcker, Nachhaltigkeits Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Herr von Weizsäcker, wie nehmen Unternehmen derzeit weltweit ihre soziale Verantwortung wahr? Nach dem Sturz des Kommunismus herrschte zunächst weltweit Euphorie bei den Unternehmen. Sie waren die Symbolträger des siegreichen Systems, und sie konnten gegenüber den Staaten ihre Wünsche durchsetzen. Die Staaten mussten auf einmal um Investoren und Steuerzahler buhlen. Doch nach zehn Jahren der Euphorie nahm die Kritik an den Unternehmen zu, die sich ein wenig wie die Herren der Welt aufführten. Heute beobachte ich in weiten Teilen der Welt eine Art von Götterdämmerung in Bezug auf den Shareholder-Value-Kapitalismus - die Menschen misstrauen ihm zunehmend. Das färbt auf die Glaubwürdigkeit der Unternehmen ab. Sie müssen ihre Glaubwürdigkeit aktiv neu erzeugen. Das Volk weiß auch, dass die Schweinereien meist auf die Zulieferer ausgelagert werden. Entsprechend wächst

die Neugier auf das, was bei den Zulieferern wirklich passiert - damit wird das „Auskontraktieren von Schweinereien“ immer schwieriger. Die Verantwortung der Unternehmen muss sich zunehmend auch auf die Zulieferer erstrecken.

Was könnte von Regierungsseite getan werden, um die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen zu fördern?

Darüber haben die Regierungen der Welt noch fast nicht nachgedacht. In Zukunft wäre eine marktkonforme Eingriffsmöglichkeit eine steuerliche Begünstigung von ethischen und ökologischen Investitionsfonds, die von glaubwürdiger Seite zertifiziert sind. Das gibt es bisher nur in den Niederlanden - ein sehr erfolgreiches Modell mit hohen Wachstumsraten. So kann der Staat ein Gegengewicht zum kurzfristigen Shareholder-Value-Denken setzen. Unternehmen, die ernsthaft gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, werden so gestärkt, während die, die nur darüber reden und sich jeder Kontrolle entziehen, entlarvt werden.

Was halten Sie von internationalen Instrumenten zur Kontrolle von Unternehmen, wie den OECD-Leitsätzen, dem Global Compact der UN und den Vorschlägen der UN-Menschenrechtskommission? Das sind alles wichtige und ehrenhafte Versuche voranzukommen, aber sie haben eine

geringe Verbindlichkeit. Es ist wichtig, internationale Standards zu definieren, auch wenn sie von einzelnen Staaten nur schwer durchgesetzt werden können. Ein einzelner Staat kann Menschenrechtsregeln definieren oder Umweltregeln, aber höchstens im eigenen Land durchsetzen. Wir können hier in Deutschland keine Menschenrechtsregeln für Vietnam definieren. Wir können nur sagen, Unternehmen, die sich in der Zulieferkette in Vietnam schweinish verhalten, haben auch bei uns keine Glaubwürdigkeit.

In Ihrem neuen Buch „Limits to Privatization - How to Avoid Too Much of a Good Thing“ (Earthscan, London, Januar 2005) gehen Sie und andere Autoren auf das Für und Wider von Privatisierungen ein. Welche Rolle sollten hier Staat und Zivilgesellschaft einnehmen?

Eine Krankheit unserer Zeit ist die weit verbreitete Schwäche des Staates. Damit fehlt oft ein starker, vom Privatkapital nicht erpressbarer Anwalt der öffentlichen Anliegen. Die Zivilgesellschaft sollte diese Lücke erkennen. Sie hat auch internationale Muskeln und kann wesentlich helfen, internationale Anstandsregeln durchzusetzen. Natürlich muss sie solche Anstandsregeln auch bei sich selbst strikt anwenden!

Das Interview führten Cornelia Heydenreich und Ralf Willinger

TERMINE

- **Loccum, 8.-10.4.05: Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik.**
Veranstalter: WBGU und Ev. Akademie Loccum.
www.wbgu.de/wbgu_presse_termine.html
- **Berlin/Bonn, 8.-16.4.05: Aktionswoche für globale Gerechtigkeit,**
www.gerechtigkeit-jetzt.de
- **Frankfurt/M., 13./14. 4. 05: Konferenz "Sustainable Investment 2005",**
www.nachhaltigesinvestment.org/conference/conference_2.html
- **Bonn, 14.4.05, 18 h: Nachdenken über Weltverantwortung.**
Podiumsdiskussion im Wissenschaftszentrum, Ahrstr. 45,
www.stiftungzukunft.de
- **Hannover, 25.-29.5.05: Evangelischer Kirchentag,** www.kirchentag.de
- **Hannover, 28.5.05, 15-18 h: Klima - gerecht - handeln.**
Veranst. beim Kirchentag von Brot für die Welt & Germanwatch. Infos: anemueller@germanwatch.org,
Tel. 0228 / 60492-22

www.germanwatch.org/termine

UN-Normen für Unternehmen haben Zukunft

Ein Kommentar von Karsten Nowrot

Erst kürzlich hat das Hohe Kommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN) einen Bericht vorgelegt, der die völkerrechtlichen Aspekte der Verantwortung von Unternehmen für die Verwirklichung von Menschenrechten unter die Lupe nimmt. Es geht um die sogenannten UN-Normen für Unternehmen: Diese wurden Mitte 2003 von einer Unterkommission der UN-Menschenrechtskommission verabschiedet, sind aber bisher nicht rechtsverbindlich und innerhalb der Staatengemeinschaft umstritten.

Dennoch können diese Normen einen wesentlichen Beitrag zur Bildung neuen Völkerrechts leisten. Denn dieses entsteht nicht allein durch Verträge zwischen

Staaten, sondern kann sich auch in der internationalen Praxis herausbilden. So könnten die UN-Normen beispielsweise in Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einbezogen werden und dadurch rechtliche Verbindlichkeit erlangen. Deshalb ist es wichtig, dass gerade die Vertreter der Zivilgesellschaft bei jeder Gelegenheit - sei es im Rahmen von Konferenzen, sei es in nationalen und internationalen Gerichtsverfahren - in ihren Stellungnahmen auf die UN-Normen für Unternehmen Bezug nehmen und ihre Verwirklichung einfordern.

Die Zukunftsperspektive für die UN-Normen sieht also keineswegs so finster aus, wie

teilweise behauptet wird. Angesichts der ablehnenden Position der Unternehmensverbände und der unentschlossenen Haltung vieler Staaten wird es aber entscheidend auf die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft ankommen. Der Einsatz für die UN-Normen lohnt sich: Sie haben das Potential, maßgeblich zur universellen Durchsetzung von Regeln beizutragen, die dem Gemeinwohl dienen - wie Menschenrechte und Sozial- und Umweltstandards!

Karsten Nowrot ist Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Glossar

CSR: Corporate Social Responsibility – gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Global Compact: Prinzipien für Unternehmen zu Menschenrechten, Arbeitsstandards, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung; initiiert 1999 von UN-Chef Kofi Annan.

OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der weltweit 30 Staaten angehören (23 europäische Länder, USA, Kanada, Mexiko, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea)

OECD-Leitsätze: Freiwillige Verhaltensregeln für Unternehmen der OECD-Staaten

Shareholder: Anteilseigner am weltweiten Kapitalmarkt

Shareholder Value: Der Wert der Anteile, den Anteilseigner besitzen

Engagiert wofür?

Was gesellschaftliche Verantwortung Unternehmen bringt

Spenden für den Regenwald, Freiwilligendienst im Altenheim oder der Scheck für ein Internat: Nicht alles, was aus Unternehmenssicht gut gemeint ist, ist auch gut. Oft führt die persönliche Neigung, der Wunsch nach einer positiven Außendarstellung oder der Druck eines Geschäftspartners zu ungeplanten Maßnahmen und der gewünschte Effekt bleibt aus. Die mögliche Konsequenz: Das Unternehmen wendet sich früher oder später enttäuscht ab und verbucht diese freiwilligen Leistungen unter der Rubrik "Einzusparen". Auf Seiten des Empfängers wird der Rück-

zug nicht nur zu wirtschaftlichen Problemen führen, sondern auch zu einem gesteigerten Misstrauen. Am Ende ist niemandem geholfen.

Es geht aber auch anders. Wirkliche gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen berücksichtigt die Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten und ist als strategischer Prozess zu begreifen. Im Idealfall beginnt dieser damit, dass das Unternehmen sich Gedanken macht über die Ziele, die es mit dem Engagement erreichen möchte. Daran ist nichts ehrenrührig, denn Unternehmen sollen sich am Markt behaupten.



CSR-Ziele, die so entstehen, haben im Idealfall direkt mit den Produkten oder dem Produktionsumfeld des Unternehmens zu tun. Sie sind unternehmensspezifisch: z.B. die Verbesserung des Produktes in ökologischer Hinsicht, die Unterstützung von bestimmten Zielgruppen durch Projekte oder die sozialgeprüfte Zuliefererkette. All diese Aktivitäten finden im Rahmen eines strategischen

Managementprozesses statt. Unternehmen, die erkannt haben, dass sie nur zukunftsfähig sein können, wenn sie langfristig planen und die Gewinne nachhaltig erwirtschaften, nehmen ihr gesellschaftliches Engagement ernst und planen seinen Einsatz - mit Erfolg.

Gastbeitrag von Carolin Welzel
Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung

Ein Sieg der internationalen Solidarität!

Arbeiter übernehmen gemeinsam mit mexikanischem Unternehmen
das stillgelegte Euzkadi-Werk von Continental

Faustino Casillas ist außer sich vor Freude und den Tränen nah. Die Last von 3 Jahren fällt von dem 56-jährigen Maschinenarbeiter ab, von seiner Familie, von seinen Mitstreitern von der Gewerkschaft. „Vencemos!“

Sie haben gesiegt, die Arbeiter des Euzkadi-Werkes im mexikanischen El Salto - gegen den Weltkonzern Continental AG aus Hannover. 3 lange Jahre hat es gedauert, ohne Job, ohne Lohn, abhängig von der Arbeit der Kinder und Ehefrauen, von Spenden befreundeter Kooperativen, von der Unterstützung internationaler Organisationen. Faustinos Frau ging bis in die USA, um zu arbeiten, später auch einer seiner Söhne, der auch im Werk gearbeitet hatte. Die Kinder vieler Kollegen mussten arbeiten gehen oder brachen ihr Studium ab, um die Familie zu ernähren. Denn in Mexiko fanden viele der Arbeiter keine andere Stelle: Ihre Namen wurden von Continental auf Schwarze Listen mit aufrührerischen Arbeitern gesetzt, die unter den Unternehmen kursieren. Der Fall verdeutlicht das oftmals rücksichtslose Vorgehen transnationaler Konzerne im Globalisierungsprozess. 1998 kaufte Continental die Reifenfabrik Euzkadi, die schon seit 1935 erfolgreich produzierte und damals als die modernste in ganz Lateinamerika galt. Der Konzern begann, das Werk umzustrukturieren, die bis dahin in der Branche geltenden Tarifverträge auszuhebeln – beispielsweise sollte die Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden ausgedehnt werden – und Gewerkschaftsführer zu entlassen.

Als die Arbeiter protestierten, schloss Continental das Werk Ende 2001 von heute auf morgen und kündigte unrechtmäßig allen



Hasta la victoria: Arbeiter vor dem ehemaligen Continental-Werk in El Salto

1164 Arbeitern. Die Arbeiter – alle in einer unabhängigen Betriebsgewerkschaft organisiert – begannen zu streiken und blockierten das Werk und den Abtransport der zig Millionen Dollar teuren Maschinen. Und sie gingen vor Gericht: Es kam zu Prozessen über alle Instanzen bis zum Verfassungsgericht. Trotz mehrerer Niederlagen legte Continental immer wieder Widerspruch ein – eine Zermürbungstaktik. Einige Arbeiter gaben auf und nahmen die Abfindung, die Continental ihnen anbot.

Doch die meisten hielten durch. 2002 wurde gemeinsam mit Germanwatch bei der deutschen Kontaktstelle der OECD Klage gegen die illegale Schließung des Werkes eingereicht. Germanwatch und die Menschenrechtsorganisation FIAN unterstützten die Gewerkschafter auch bei vielen anderen Aktivitäten: Es kam zu zahlreichen Treffen mit hochrangigen deutschen und mexikanischen Politikern bis zum mexikanischen Präsidenten

Vicente Fox, mit deutschen Parlamentariern und Gewerkschaftern. Mexikanische Gewerkschafter reisten mehrmals nach Deutschland, sprachen auf Aktionärsversammlungen von Continental und mit Firmenvertretern.

Dies alles trug dazu bei, dass sich die Kontrahenten im Januar 2005 außergerichtlich einigen konnten: Das Euzkadi-Werk wurde von Continental zur Hälfte an das mexikanische Unternehmen Llanti Systems verkauft und zur anderen Hälfte an eine Genossenschaft der Arbeiter übertragen. Die Arbeiter bekamen damit quasi den ausstehenden Lohn der letzten 3 Jahre und ihre Arbeitsplätze zurück. „Ein Sieg der internationalen Solidarität!“, freute sich Gewerkschaftschef Jesús Torres Nuño. Ein Sieg, der anderen Mut machen sollte.

Ralf Willinger

Chronologie des Konflikts:
www.germanwatch.org/tw/continental.htm

KodexWatch für

Unternehmensverantwortung!

KodexWatch ist der Bereich von Germanwatch, der sich seit 2001 dafür einsetzt, dass deutsche Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung auch im Ausland wahrnehmen. Das weitreichendste Instrument dafür sind bis jetzt die Leitlinien für Unternehmen der OECD. Bei Verstößen kann bei den nationalen Kontaktstellen in den OECD-Staaten Klage eingereicht werden. Dies hat Germanwatch gemeinsam mit Betroffenen und Partnern im In- und Ausland mehrmals getan, nachdem der direkte Dialog mit den Unternehmen gescheitert war: unter anderem im Jahr 2002 gegen den Reifenhersteller Continental AG in Hannover und im Oktober 2004 gegen die Bayer AG in Leverkusen. Der Konflikt um die unrechtmäßige Schließung eines mexikanischen Reifenwerkes durch Continental konnte Anfang 2005 gelöst werden. Das Verfahren gegen Bayer wegen Kinderarbeit auf Baumwollfeldern bei Zulieferern des Konzerns läuft noch.

Ausbeutung im Baumwollfeld

In Indien schufteten Kinder für Zulieferer des Bayer-Konzerns

Meist sind es junge Mädchen zwischen 6 und 14 Jahren: Bei der Saatgutproduktion für Baumwolle im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh schufteten sie bis zu 14 Stunden am Tag, gehen nicht zur Schule, verdienen weniger als 50 Cent am Tag und tragen schwerste Gesundheitsschäden davon, weil sie ohne Schutzkleidung arbeiten. Mindestens drei Kinder im Alter von 8, 12 und 13 Jahren sind in den letzten Monaten an Pestizidvergiftungen auf den Feldern gestorben. Siebzig Prozent der Kinder werden in sogenannter Schuldnechtschaft beschäftigt. Die Eltern bekommen im Voraus einen Kredit, den die Kinder dann inklusive Wucherzinsen ab-

arbeiten müssen - in vielen Fällen mehrere Jahre lang.

Unter diesen schockierenden Bedingungen arbeiteten 2004 in Andhra Pradesh 84.000 Kinder, darunter auch rund 1.650 für Zulieferer von ProAgro, einer Tochter des Leverkusener Bayer-Konzerns. Bei drei weiteren internationalen Unternehmen - Advanta, Emergent Genetics und Monsanto - wurden über 10.000 Fälle von Kinderarbeit gezählt. Dies war das Ergebnis einer Studie, die von Germanwatch, der Coordination gegen Bayer-Gefahren und der deutschen Sektion von Global March Against Child Labour im Oktober 2004 veröffentlicht wurde. Die Organisationen reichten daraufhin im Bundeswirtschaftsmini-

sterium eine Beschwerde gegen Bayer wegen Verstoßes gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ein.

Erste Erfolge

Dabei kooperieren sie vor Ort mit der indischen M.V.-Stiftung, einer Nichtregierungsorganisation (NGO). Deren Generalsekretärin Shanta Sinha ist von den früheren Versprechungen der Bayer-Leute bitter enttäuscht: „Anfangs haben sie mir Mut gemacht, heute weiß ich, dass es eine Verzögerungstaktik war.“ Denn trotz anfänglicher Zusagen wurde keine der Forderungen der NGO erfüllt.

Dennoch gab es beim Kampf gegen Kinderarbeit Erfolge: In ganz

Andhra Pradesh konnte der Anteil der Kinderarbeiter in der Baumwollsaatgutproduktion in den letzten beiden Jahren von 90% auf 60% gesenkt werden. Aber das reicht nicht, wie Comelia Heydenreich von Germanwatch betont: „Der Bayer-Konzern kennt die Zustände bei seinen Zulieferern seit Jahren. Mit höheren Abnahmepreisen und strikten Kontrollen könnte Bayer das Problem Kinderarbeit bei den Zulieferern lösen. Doch trotz öffentlicher Ankündigungen hat sich kaum etwas getan.“

Ralf Willinger

Weitere Infos:

www.germanwatch.org/tw/bayer.htm

Helfen Sie mit, Klimasünder auszubremsen!



What was that bump?

Eine ganze Reihe von US-Staaten und Kanada wollen das Gesetz hingegen übernehmen.

Gegen die Klage der Autokonzerne haben neun große deutsche Umwelt- und Entwicklungsverbände, darunter Germanwatch, mit Briefen an die Vorstände der Autofirmen protestiert.

BMW, DaimlerChrysler, Volkswagen und Porsche klagen innerhalb einer Allianz mit amerikanischen und japanischen Autofirmen gegen ein wichtiges Klimaschutzgesetz in Kalifornien. Dieses soll die Treibhausgasemissionen von Neuwagen ab 2009 begrenzen.

Mit ihrer Klage stellen sich die deutschen Unternehmen hinter die Bush-Regierung, die das Klimaschutzgesetz des Vorreiterstaates Kalifornien kippen will.

Protestieren auch Sie!

Fordern Sie Bundestagsabgeordnete zum Protest auf!
 Alles weitere unter www.germanwatch.org/rio/auto2005.htm!
 Weitere Proteste möglich unter www.ausbremsen.de!

Ja, ich möchte Germanwatch finanziell unterstützen.

- Ich werde Förderer von Germanwatch (Mindestbeitrag 5€ Monat) mit einem Jahresbeitrag von _____ Euro.
- Ich spende Germanwatch einmalig/jährlich _____ Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von _____ Euro monatlich/jährlich von meinem Konto ab.

Geldinstitut:
 BLZ:
 Konto-Nr.:
 Datum/Unterschrift:
 Name:
 Vorname:
 Straße, Nr.:
 PLZ, Ort:
 Tel./Fax:
 E-Mail:

Vielen Dank!

**Bitte ausfüllen und einschicken an: Germanwatch e.V.,
 Voßstr. 1, 10117 Berlin**

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei.
 Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres.



Mehr Haftung für Unternehmen!

Verbraucherklagen und vereinigte Arbeitnehmer sollen Konzerne in die Pflicht nehmen



Sebastian Siegele,
Unternehmensberater für
Nachhaltigkeit

Sebastian Siegele arbeitet seit vier Jahren als Nachhaltigkeitsberater (sustainability agent) für deutsche Bekleidungsunternehmen im Ausland, vor allem in Asien. Bei sogenannten Audits prüft er, ob die Produktionsabläufe bei den Unternehmen und ihren Lieferanten sozialen und ökologischen Standards genügen.

Herr Siegele, Nichtregierungsorganisationen wie Germanwatch fordern, dass bei der Produktion im Ausland soziale Standards eingehalten werden, zumindest die nationalen Arbeitsgesetze. Gelingt das in Ländern wie China, Indien oder Bangladesch, in denen Sie gearbeitet haben?

Leider nicht immer. Ich glaube, nirgends ist die Lücke zwischen Gesetzen und Realität so groß wie im sozialen Bereich. Aber durch Kontrolle alleine ist nichts getan. Das Problem in diesen Ländern ist, dass das Management-Know-

How fehlt. Oft gibt es nicht mal eine Kostenkalkulation oder Kapazitätsplanung. D.h. die Unternehmer können gar nicht sagen, ob sie Geld haben werden, um die Arbeiter zu bezahlen oder ob Überstunden anfallen, um Liefertermine einzuhalten. So kommt es zu Wochenarbeitszeiten von 90 bis 100 Stunden.

Welchen Stellenwert hat soziale Verantwortung bei den Unternehmen?

Da gibt es widersprüchliche Tendenzen: Einerseits wird viel über soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit geredet. Auf der anderen Seite limitiert die Kurzfristigkeit des Finanzmarktes die Spielräume der Unternehmen. Sie sollen möglichst schnell Gewinne „raushauen“, egal wie. Wenn die Renditen nicht alle drei Monate steigen, kauft der Aktionär andere Aktien.

Was muss getan werden, damit die Unternehmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen?

Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. müssen international geregelt werden. Wenn es keinen Regulierungsmechanismus gibt, können wir uns die ganze Globalisierung abschminken. Einzelnen Unternehmen sind enge Grenzen gesetzt, die Probleme individuell zu lösen. Sie müssen sich demnach zusammenschließen.

Wie soll diese Regulierung der Sozialstandards aussehen?

Wir haben jetzt die Chance, dass sich das über die Wirtschaft regelt: über öffentlichen Druck und den Verbraucher. Das ist in der Logik des Marktes und sehr effektiv. Denn wenn es ordnungspolitisch durchgesetzt würde, dann muss unglaublich viel investiert werden, in Kontrollmechanismen und Bürokratie. Damit geht Korruption einher. Sinnvoller wäre es, diese Ressourcen zur Lösung sozialer Probleme zu investieren, beispielsweise um Gesundheitssysteme aufzubauen.

Wie sehen Sie die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs)?

Sie sind unersetzlich. Sie sind die Mittler, die die Informationen bereit stellen und in Zusammenarbeit mit den Medien den Verbraucher informieren, die Transparenz schaffen. Der Verbraucher kann dann Unternehmen bestrafen, die sich seiner Meinung nach nicht korrekt verhalten, indem er deren Produkte nicht mehr kauft. Davor haben die Unternehmen Angst. In Bangladesch wurde so beispielsweise innerhalb von 10 Jahren Kinderarbeit in der Textilbranche weitgehend abgeschafft. Dennoch ist das alles noch nicht ideal, es gibt erhebliches Verbesserungspotential.

Wie sehen Sie die Rolle des Staates?

Der Staat darf diese relativ positive Entwicklung nicht abwürgen. Er sollte keine Gesetze erlassen, die die Unternehmen wieder aus der Verantwor-

tung entlassen. Letztendlich müssen intelligente Instrumente zum Einsatz kommen, die die Unternehmen weiter in die Pflicht nehmen.

Was gibt es da für Möglichkeiten?

Zum einen rechtliche Mittel, beispielsweise eine Ausweitung der Haftungspflicht. Produkte stehen heute nicht mehr nur für den praktischen Nutzen. Sie verkörpern ebenso „nicht greifbare“ Produktmerkmale – „Lifestyle“, ein bestimmtes Image, eine Markenidentität. Konsumenten zahlen auch dafür. Wer möchte schon mit seinen neuen Turnschuhen zum Gespött werden, weil dem Hersteller Menschenrechtsverletzungen nachgesagt werden? Verbraucher sollten Unternehmen auf Schadenersatz verklagen können,

Fortsetzung auf Seite 8

Impressum

| | |
|--|--|
| Herausgeber: Germanwatch e.V. Büro Berlin: Voßstr.1 10117 Berlin Tel.: 030/2888 356-0 FAX: 030/2888 356-1 | Redaktion: Dörte Bernhardt, Vi.S.d.P. Ralf Willinger |
| Büro Bonn: Kaiserstraße 201 53113 Bonn Tel.: 0228/60492-0 FAX: 0228/60492-19 | Layout: Voß/Sievers Auflage: 97.000 |

Homepage: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Diese Ausgabe wurde gefördert durch Misereor.

Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

Fortsetzung von Seite 7

die soziale und ökologische Standards missachten.

Zum zweiten müssten die ethischen Aspekte in die Geschäftsstrukturen der Unternehmen integriert werden. Im Moment gibt es da sehr ineffektive Parallelstrukturen.

Wie könnte diese Integration ethischer Gesichtspunkte in die Unternehmensstruktur gelingen?

Beispielsweise könnte man bei der Vergabe von Aufträgen Risikozuschläge einführen auf die Angebote der Lieferanten, die soziale und ökologische Kriterien nicht erfüllen. Damit würden die Angebote von vorbildlichen Lieferanten automatisch besser bewertet.

Was sollte vor Ort in den Produktionsländern zur Einhaltung der Sozialstandards getan werden?

Der Schlüssel zum Erfolg vor Ort sind funktionierende Arbeitnehmervertretungen. Wenn es die gäbe, müssten wir uns hier in Europa nicht so damit auseinandersetzen. Letztendlich müssen die Leute das sel-

ber für sich regeln, das wäre das Beste und Effizienteste.

Wird die Bildung von Arbeitnehmervertretungen durch die Industrieländer unterstützt?

Leider noch fast gar nicht. Dabei müssten im breiten Rahmen Strukturen aufgebaut werden, Leute müssten methodisch ausgebildet werden. Bei den westlichen Gewerkschaften ist das internationale Denken sehr schwach, stattdessen gibt es eine Tendenz zu Sozialprotektionismus. Dabei ist klar, dass die reichen Länder sich nicht abschotten können. Die reichen und armen Länder sind wie zwei Gläser Wasser, eines voll, das andere fast leer, die durch eine immer größer werdende Öffnung verbunden sind: Irgendwann wird sich der Wasserstand angleichen. Deshalb ist es besser, das Niveau in den Ländern des Südens zu heben, als auf das Absinken bei uns zu warten.

Das Interview führten Cornelia Heydenreich und Ralf Willinger

Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die sogenannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen. Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Weitere Informationen unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,44 Euro in Briefmarken beilegen):

Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin, oder Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500),

Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00



Zur Lage der Welt 2005 – Globale Sicherheit

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist Sicherheit ein weltweites Thema. Sie wird in erster Linie als Schutz vor Terror und Gewalt verstanden, der durch den Einsatz von Militär, Polizei und Geheimdiensten gewährleistet werden soll. Der neue Bericht "Zur Lage der Welt 2005" des Worldwatch-Institutes fasst die

Sicherheitsproblematik weiter und analysiert die Zusammenhänge zwischen globaler Sicherheit und Themen wie Energiepolitik, Bevölkerungsentwicklung, Umweltzerstörung und Epidemien. Er zeigt mögliche Wege der Zusammenarbeit in einer sicheren Welt für alle. Die deutsche Übersetzung erscheint im April, mit herausgegeben von Germanwatch und der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie enthält zusätzliche Beiträge der deutschen Herausgeber zum erweiterten Sicherheitsbegriff in der EU-Politik sowie zu Geschlechterfragen und Sicherheit.

Worldwatch Institute (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch: Zur Lage der Welt 2005 - Globale Sicherheit. Verlag Westfälisches Dampfboot, 1. Auflage, Münster 2005, 300 Seiten, €19,90. ISBN 3-89691-614-9. Erhältlich im Buchhandel ab April.

Bestellen: Neue Publikationen

Alle hier gelisteten Publikationen können Sie bei den Internet-Links kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen (zuzüglich 2 Euro Versandkostenpauschale). Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung bei:

versand@germanwatch.org, oder telefonisch unter 0228/60492-0

- Die Umsetzung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen in Deutschland: kostenlos. Autorin: Cornelia Heydenreich. www.germanwatch.org/tw/kwoecd05.pdf
- Entwicklungspolitik in Bayern - Analysen und Perspektiven, 3. Auflage: Einzelexemplare kostenlos, Versandkosten 2,50 Euro in Briefmarken. Bestellungen bei info@eineweltnetzbayern.de oder: Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Oberer Graben 39, 86152 Augsburg. www.germanwatch.org/ez/epbay03.htm
- Unternehmensverantwortung zwischen Dialog und Verbindlichkeit: bitte bestellen bei E-Mail berlin@venro.org, oder Tel. 030/280466-70
- Blickpunkt WeltHandel, elektronischer Informationsdienst, E-Mail-Adresse angeben!
- KlimaKompakt, elektronischer Informationsdienst, E-Mail-Adresse angeben!

Weitere Publikationen finden Sie unter:

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße.....

PLZ, Ort

Tel./Fax:.....

E-Mail:.....

An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn bzw. formlose E-Mail an: versand@germanwatch.org

